

# Vorwärts immer, offen nimmer

China will globaler Technologieführer werden. Viele Mittelständler fürchten, dass die Akteure Regeln der Marktwirtschaft missachten.

Von Katharina Schnurpfeil

**ÜBERMÄSSIGE BESCHEIDENHEIT** kann man China nicht vorwerfen. Nachdem sich die Volksrepublik in den vergangenen Jahrzehnten von der Werkbank der Welt zum Export-Vizeweltmeister hochgearbeitet hat, strebt das Land nun den Status als internationaler Technologieführer an. „China wird mit eigenen Innovationen die technologische Entwicklung weltweit weiter vorantreiben“ heißt es in der Regierungsstrategie „Made in China 2025“, die das wirtschaftspolitische Handeln in den kommenden Jahren lenken soll.

„Diese Ambitionen würde ich durchaus ernstnehmen“, meint Christian Walter, Geschäftsführer Servicegesellschaften beim Werkzeug- und Formenbauer Siebenwurst: „Wenn nicht 2025, dann schaffen sie es 2035 – aufzuhalten ist der Fortschritt der chinesischen Industrie nicht.“ Sofern alles mit rechten Dingen zugehe, sei dagegen auch nichts einzuwenden, fährt Walter fort: „Wettbewerb befeuert Innovation.“

## „Wir müssen stetig Neues entwickeln.“

Christian Walter, Geschäftsführer  
Servicegesellschaften bei Siebenwurst

Doch die Wirtschaft in China folgt nicht dem marktwirtschaftlichen Wettbewerb, der in westlichen Nationen Usus ist. Politisch gefangen zwischen Kapitalismus und Kommunismus, fördert die chinesische Regierung großzügig diejenigen Unternehmen und Branchen, von denen sie sich einen volkswirtschaftlichen Vorteil erhofft – und hält diejenigen an der kurzen Leine, die dem strategischen Fortkommen gefährlich werden könnten. Das müsse sich ändern, fordern Vertreter des deutschen Mittelstands. „Wer als Weltmacht auftreten will, muss sich als solche dem marktwirtschaftlichen Wettbewerb stellen“, sagt Martin Welcker, Geschäftsführer des Werkzeugmaschinenbauers Alfred H. Schütte. „Darauf müssen europäische Regierungen gegenüber China massiv drängen.“

Schon seit Jahren treibt das Reich der Mitte seinen technologischen Fortschritt unter anderem mit dem Kauf europäischer Unternehmen voran. In Branchen, die die Regierung für wirtschaftspolitisch wertvoll hält, wie Robotertechnik und Maschinenbau, will sie auf diese Weise technisches und strategisches Know-how aufbauen. Zugleich schließt China jedoch Teilmärkte für europäische Unternehmen, subventioniert ausschließlich Elektroautos aus chinesischer Fertigung und zwingt europäische Anbieter in Joint Ventures. Faire Reziprozität sieht anders aus. Doch welche Handhabe haben Deutschland und Europa?

**Entschieden verhandeln //** „Die deutsche Politik ist gegenüber China in einer guten Verhandlungsposition“, findet Welcker. „Sie muss sie nur entschiedener nutzen und auf Marktbedingungsungleichheit drängen.“ Seit Beginn des wirtschaftlichen Aufstiegs ist China auf deutsche Technologien, Waren und freien Marktzugang angewiesen. Um davon weiterhin profitieren zu können, muss auch der chinesische Markt für deutsche Wirtschaftsbestrebungen offen sein – so solle die Botschaft der deutschen Politik lauten: Wer sich nicht für uns öffnet, dem schließen auch wir die Bücher.

Schon jetzt gibt es in Deutschland Regelwerke, die die wirtschaftliche Einflussnahme ausländischer Staaten begrenzen. Wenn Staatsunternehmen Mehrheitsanteile an Privatfirmen übernehmen möchten, kann das Bundeswirtschaftsministerium dem aus Gründen der nationalen Sicherheit widersprechen und den Deal damit stoppen. Praktisch kommt es selten zu dieser Einmischung, denn das Prinzip der freien Marktwirtschaft hält die Regierung hoch. Zudem ist nicht immer klar ersichtlich, ob es sich bei den als Käufer auftretenden chinesischen Unternehmen um staatliche oder private Unternehmen handelt. „Auch auf dem Papier private Unternehmen erhalten aber eine öffentliche – häufig zins-

freie – Finanzierung, wenn sie im Ausland auf Einkaufstour gehen“, berichtet Walter. Damit seien sie nicht länger rein privat und müssten besonders kontrolliert werden. „Die Überprüfungsmechanismen, die wir bis jetzt in Europa haben, reichen in den meisten Fällen aber nicht, um zu erkennen, welche Eigentümer und Finanziers hinter einem Übernahmeangebot stehen“, sagt Jost Wübbecke, Leiter des Programms Wirtschaft und Technologie am Mercator Institute for China Studies (Merics). Seiner Meinung nach müsse man die Vorgaben dahingehend überarbeiten, dass nicht nur für großvolumige Investitionen maximale Transparenz- und Offenlegungspflichten bestehen, sondern für alle, die in strategisch wichtigen Branchen anstehen.

**Vorsprung hart erarbeiten //** Wichtig ist jedoch, bei aller Kontrolle nicht den Grundgedanken der freien Marktwirtschaft zu gefährden, der Basis für den wirtschaftlichen Wohlstand in Europa war und ist. „Ausländische Investitionen sind grundsätzlich positiv, das steht außer Frage“, meint Wübbecke. Man dürfe sich nicht durch protektionistische Maßnahmen in China selbst zu übermäßiger Abschottung hinreißen lassen. „Stattdessen muss das Bewusstsein für die Marktwirtschaft gefährdende Einflüsse geschärft werden, damit man den kleinen Teil von Deals, die nicht nach Regeln ablaufen, einschränken kann.“

Freilich liegt es nicht allein an der Politik, dem erstarkenden Wettbewerb aus China entgegenzutreten. Auch die Wirtschaft muss stetig an sich arbeiten. „Wir dürfen nicht stehen bleiben, sondern müssen neue Verfahren, Materialkombinationen und Ingenieursdienstleistungen entwickeln, um der chinesischen Konkurrenz immer eine Nasenspitze voraus zu sein“, drängt Walter. Diesen Vorsprung müssten sich deutsche Firmen jedoch immer härter erarbeiten, da chinesische Firmen immer schneller dazulernten. „Wer nur das Bestandsgeschäft weiterführt, hat verloren“, betont Walter. Stattdessen rät er deutschen Firmen, massiv in Forschung und Entwicklung zu investieren.

Ihre praxisnah geschulten Ingenieure gäben deutschen Mittelständler in diesem Wettbewerb den entscheidenden Vorteil, meint Welcker. Auch wenn es viele Bemühungen gibt, die duale Ausbildung in China zu kopieren, herrscht dort weiterhin ein konservatives Hierarchieverständnis vor: Chef wird der ältere, nicht der fähigere. Und wer seinem Vorgesetzten zu widersprechen wagt, kann sich auf sein direktes Karriereende einstellen. „Die Mentalität deutscher Unternehmen, auf kurzfristige Rendite zu verzichten, um im langfristigen Interesse Facharbeiter auszubilden, kann man nicht so ein-

fach exportieren“, findet der Geschäftsführer. „Sie ist über Jahrzehnte gewachsene Praxis und hat uns stark und innovativ gemacht.“

Langfristig beinhalte eine weitere Professionalisierung der chinesischen Industrie daher auch Chancen für deutsche Mittelständler, meint Welcker. „Der deutsche Maschinenbau ist wichtigster Ausrüster der chinesischen Wirtschaft, und das wird er auch bei fortschreitender Entwicklung bleiben.“ Dass er sich hierbei auf ein faires Wirtschaftssystem verlassen könne, müsse die Politik jedoch sicherstellen. <<

katharina.schnurpfeil@marktundmittelstand.de